

KOMMUNALE SOLIDARITÄT – WIR WOLLEN DIE MASSIVE SENKUNG DER KREISUMLAGE

Zur Februar-Sitzung wurde dem Kreistag der Entwurf des Haushaltsplanes 2021 zur Debatte übergeben. Die Verwaltungsspitze unter Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) machte in ihren einführenden Worten einige Eckdaten deutlich. So wären für 2021 über 20 Millionen Euro, teilweise in Kofinanzierung, für Projekte als Investitionen vorgesehen. Darunter fielen Dinge wie die Sanierung von Schulen, Brandschutzrüstungen, Herstellung von Barrierefreiheit oder auch energetische Sanierungen.

Mit einer Kreisumlage von 41 Prozent behielten die Kommunen ihre finanzielle Entwicklung bzw. sei die Leistbarkeit in den Kommunen nicht durch die Kreisumlage gefährdet, so der Kämmerer, Johannes Ferdinand (CDU). Das aktuell diskutierte Kreisentwicklungsbudget (KEB) sei jedoch noch nicht in den Zahlen des Kreishaushaltes abgebildet. Sollte es kommen, so sei wohl ein Nachtragshaushalt fällig. Auch die sich ausbreitende Afrikanische Schweinepest spiele in ihren maximal möglichen Kosten noch keine Rolle im Haushaltsentwurf. Momentan stehe der Entwurf mit einer roten Null da – gut 342.000 Euro würden im Gleichgewicht zwischen Verfügbar und Auszugeben fehlen, so der Kämmerer im Februar.

Bei den Dingen unter Ausgaben wurden exemplarisch der Ortsdurchfahrtsbau in Nuthe-Urstromtal und Radwegbau in den Kommunen Trebbin, Ludwigsfelde und Großbeeren durch den Landkreis

erwähnt. Weiterhin geplant seien Investitionen in das Feuerwehrtechnische Zentrum in Luckenwalde, die Volkshochschule, das Straßenverkehrsamt, das Kreisarchiv sowie in Straßen und Radwege.

Mit der in ihrer Höhe umstrittenen Kreisumlage finanziert der Landkreis einen umfangreichen Aufgabenbereich, der aber allen Bürger*innen in Teltow-Fläming – und damit auch allen Kommunen des Landkreises – zu Gute kommt. Die Unterhaltung von Kultureinrichtungen und Museen gehört dazu, ebenso Volkshoch- und Musikschule. Erwähnt sei auch die Fahrbibliothek, die Kreisstraßen, Flaeming-Skate, der Personennahverkehr (Busse) vom VTF.

Als Gewährträger haften die Landkreise für den Bestand der Kreissparkassen – in unserem Fall die MBS. Landkreise sorgen für den Rettungsdienst, kümmern sich um den Schutz der Umwelt, die Beseitigung und Verwertung von häuslichem Abfall, die Einrichtung von Deponien oder Recycling-Anlagen. Der Landkreis ist Träger von elf Schulen. Er ist Träger des Oberstufenzentrums an drei Standorten, der Förderschulen und von vier Gymnasien. Nicht zuletzt ist der Landkreis verantwortlich für den Denkmalschutz, die Wirtschaftsförderung, die Förderung der Landwirtschaft oder die Verbesserung des Fremdenverkehrs.

All das spielte in den Haushaltsberatungen bis in den April hinein eine Rolle, Argumente zwischen Kreistagsmitgliedern und auch den



Unsere Kreistagsfraktion DIE LINKE/Die PARTEI der VI. Wahlperiode: Felix Thier, Maritta Böttcher, Peter Dunkel, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Monika Nestler, Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Dr. Irene Pacholik, Anke Scholz, Judith Kruppa und Roland Scharp (v. l. n. r.). Auf dem Foto fehlt Heike Kühne.

Bürgermeister*innen wurden ausgetauscht. Klar ist jedoch: Corona-bedingt fehlen die finanziellen Schätzzahlen von Bund und Land. Wo die Reise hingeht, ist damit schwer zu sagen. Eine Senkung der Kreisumlage würde den Kommunen aber entgegen kommen: sechs von ihnen haben Haushaltsprobleme und die Bürgermeister*innen haben klare Erwartungshaltungen zur Solidarität in unserer kommunalen Familie angemahnt. Nicht unberechtigt, trugen die Kommunen doch in den Jahren der finanziellen Not des Landkreises mit der Zahlung einer Kreisumlage von 47 Prozent in Spitzenzeiten erheblich zur finanziellen Gesundung Teltow-Flämings bei. Wir verweisen hier auf das Schuldenerbe von gut 30 Millionen Euro bei Übernahme des Amtes der Landrätin von der SPD durch Kornelia Wehlan im Jahr 2013. Wir haben als Fraktion den vom Kämmerer für das Haushaltsjahr 2021 aufgestellten Haushalt zur Kenntnis genommen, inklusive seiner geplanten Kreisumlage von 41 Prozent.

Darüberhinaus haben die Bürgermeister*innen ihre Forderung wie erwähnt deutlich gemacht – ein »Einfrieren« der Kreisumlage nominal auf dem Niveau des Vorjahres. Dies würde einen tiefen Griff in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre für den Kreishaushalt bedeuten.

Es ist jedoch alles zu tun, um die Investitionskraft der kreisangehörigen Gemeinden und Städte und des Landkreises zu sichern. Das ist der größte Beitrag kommunaler Wirtschaftsförderung, den wir – insbesondere für die Bauwirtschaft und die Handwerksbetriebe – leisten können und auch sollten. Insgesamt sechs von 16 Kommunen in TF haben Haushaltsprobleme. Eine erhebliche Absenkung der Kreisumlage hilft allen – in erster Linie dem strukturschwächeren ländlichen Raum. Aber auch der Norden unseres Landkreises steht infrastrukturell vor großen Herausforderungen.

Für unsere Fraktion ist es daher eine Frage des kommunalen Zusammenhaltes, bei der Kreisumlage den Kommunen zu helfen. Wir haben daher den Antrag gestellt, die Kreisumlage auf 37,5 Prozent zu senken und verbinden dies mit der Erwartung, dass die Kommunen mit diesen zusätzlichen Geldern Dinge anstoßen, die den negativen Folgen der Corona-Pandemie entgegen treten. Der dadurch im Haushalt des Kreises entstehende Fehlbedarf soll aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen werden.

Wir sind gespannt, wie sich die anderen Fraktionen zu unserem Antrag positionieren.

Felix Thier, Fraktionsvorsitzender

KOMMUNALPOLITIK UNTER PANDEMIE- BEDINGUNGEN

■ Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow

Gleichstellung geht alle an und betrifft Jede und Jeden

Unsere Fraktion stellte bereits im letzten Jahr den Antrag für eine Gleichstellungsbeauftragte in Vollzeit für unsere Gemeinde. Die Pandemie beschäftigt uns alle. Gewalt in vielen Lebenslagen nimmt zu. Berichte dazu liegen aus dem Jahr 2020 sowohl aus dem Bereich der Gleichstellungsbeauftragten des Landes und auch der Polizei vor. Es ist alarmierend. Menschen, gerade die, die es nicht schaffen, sich in Eigeninitiative aus prekären Lagen zu helfen, brauchen Unterstützung.

Eine Gleichstellungsbeauftragte soll Organisator*in, Netzwerker*in, Unterstützer*in, Helfer*in, Begleiter*in sein. Unsere Gemeinde wächst, hier wohnen fast 29.000 Menschen und sie beschäftigt ca. 400 Mitarbeiter*innen.

Im Ausschuss Soziales und Kultur wurde unser Antrag mit sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen empfohlen. Nun schauen wir hoffnungsvoll auf die Abstimmung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.



Anke Scholz,
Fraktionsvorsitzende

ANTRAG AN DIE GEMEINDEVERTRETUNG

07.08.2020

Gleichstellungsbeauftragte mit 40 Stunden pro Woche

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, den Stellenplan ab dem Haushaltsjahr 2021 um eine Gleichstellungsbeauftragte mit 40 Stunden pro Woche zu erweitern.

Begründung:

Aufgabe der Arbeit einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist es, die Gleichstellung von Frauen und die Geschlechtergerechtigkeit im gesamten Handeln der Kommunalverwaltung nach innen und außen zu verankern. Ziel ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im zu erreichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu fördern sowie die berufliche Situation von Frauen auch in der Privatwirtschaft zu verbessern.

Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Gegenwart und der Zukunft werden entscheidend geprägt vom demografischen Wandel, von Digitalisierung und von den Themen Integration und Migration, nicht zuletzt jetzt auch von den neuen Herausforderungen durch die Pandemie.

Diese Themen betreffen die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde und haben somit immer auch eine gleichstellungsrelevante Dimension.

Die Anforderungen an die Intensität und Wirksamkeit der Arbeit Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen entsprechend gewachsen.

Die Kommunen sind nach § 18 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kommune zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Die Verwirklichung des im Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) und Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg (LVerf Bbg) genannten Verfassungsauftrages ist eine eigene Aufgabe der Gemeinden.

Die Verpflichtung, auf die Gleichstellung von Frau und Mann hinzuwirken, gilt nicht nur für das Gemeindegebiet, sondern auch für die Gemeindeverwaltung. Insofern gilt auch das Landesgleichstellungsgesetz des Landes Brandenburg (LGG) in den Gemeinden. Dementsprechend nehmen die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auch die Aufgaben der behördlichen Gleichstellungsbeauftragten nach dem LGG wahr. [vgl. LT-DS 4/5056 vom 29.07.07, Begründung zum KommRRRefG, S. 153]. Die GBA unterstützen die Dienststelle also bei der Umsetzung des in § 18 Abs. 1 BbgKVerf genannten Verfassungsauftrages sowie bei der Durchführung und Einhaltung des LGG. Im praktischen Arbeitsalltag nehmen die GBA u. a. Stellung zu folgenden Maßnahmen: Einstellungen, Beförderungen, Eingruppierungen, Höhergruppierungen, Versetzungen und Umsetzungen von mehr als sechs Monaten, bei Abordnungen von mehr als drei Monaten sowie Übertragungen höherwertiger Tätigkeiten einschließlich der Formulierung von Stellenausschreibungen, beim gesamten Auswahlverfahren sowie bei Vorstellungsgesprächen. Des Weiteren nehmen sie auch zu Vorlagen Stellung, die in den Vertretungen beschlossen werden, und sind in den Verwaltungen querschnittsübergreifend tätig.

In unserer Gemeinde wächst die Einwohnerzahl stetig, derzeit wird diese mit 28.533 Bürgerinnen und Bürgern (Stand Mai 2020) benannt.

Die bereits in unserer Gemeinde verankerte Stelle der Gleichstellungsbeauftragten hat z.Z. einen Umfang von 10 Wochenstunden. Dieser Stellenanteil stellt sich als völlig unzureichend für die quantitativ und qualitativ stark gewachsenen Aufgaben dieser Tätigkeit nach innen und außen dar.

insbesondere in den Themenbereichen: Beraterin der Verwaltungsstrukturen und der regionalen Vernetzung für Genderfragen und Formulierungen zu Gleichstellungsthemen

- Förderung geschlechtersensibler Kooperation zwischen Jugendhilfe, Schule und Wirtschaft
- Kontinuierlicher Kontakt zur Mädchen- und Fraueninfrastruktur
- Synergieeffekte zwischen Gleichstellung und Öffentlichkeitsarbeit aktivieren und beleben
- Stärkere Vernetzung innerhalb der Bildungslandschaft mit dem Ziel Gleichstellung als Querschnittsaufgabe zu verankern
- Erkennen von Bedarfen, die sich aus prekären Lebensverhältnissen ergeben (z.B. häusliche Gewalt), Gewaltprävention, Hilfestellung und Unterstützung der Betroffenen Frauen und Familien
- u. V. m.

Finanzielle Auswirkungen: Vergütungsgruppe 9a

Verfahrensvorschlag: Beschlussfassung

■ Gemeindevertretung Niederer Fläming

Trotz Corona oder deswegen, muss die Arbeit in den Ausschüssen und in der Gemeindevertretung weitergehen.

Schwerpunkt in diesen Gremien war in den letzten Monaten die notwendige Digitale Aufrüstung in der Grundschule Werbig. Dabei werden Zahlen, technische Forderungen und andere Vorstellungen

in den Versammlungen vorgestellt. Dabei ging es auch teilweise sehr haarig zu. Aber es wurde geklärt. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel einschließlich der Fördermittel war die eine Seite. Die technischen Vorstellungen der Schule, der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Gemeinde abzustimmen und unter einen Hut zu bekommen, eine andere. Das hat viel Zeit, Kraft und Überzeugung gekostet.

■ Gemeindevertretung Dahme/Mark

Dahme/Mark möchte keine Ladeinfrastruktur für E-Autos, keinen weiteren sicheren Fahrradweg und keinen Ausschuss zur Belebung der sterbenden Innenstadt. Das ist das Ergebnis der letzten Stadtverordnetenversammlung und die Meinung einer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Entsprechende gemeinsame Anträge der Fraktion DIE LINKE, Wählergemeinschaft Landleben und Bündnis90/Die Grünen fanden bei den Fraktionen Freie Wählergemeinschaft/CDU, Wählergemeinschaft Dahmer Umland und einer wackligen SPD keine Zustimmung.

Ohne Diskussion, wie fast immer, wurden eiligst die Abstimmungen durchgepeitscht. Erstaunlicherweise stimmte auch der Vertreter des Ortsteils Zagelsdorf gegen die Vor-

lage zum Fahrradweg, die eigentlich eine sichere Verbindung zwischen diesem und der Stadt Dahme zum Ziel hat. Ähnlich stimmten die Vertreter des Ortsteils Wahlsdorf, welcher aus Internet und Fernsehen bekannt ist, für den nachhaltigen Umgang mit erneuerbaren Energien, gegen die Schaffung von Lademöglichkeiten für E-Autos im Stadtgebiet. Wie kann es zu einem so absurden Abstimmungsverhalten kommen?

Zum Selbstverständnis der Fraktionen Freie Wählergemeinschaft/CDU, Wählergemeinschaft Dahmer Umland und SPD gehört ein Alleinvertretungsanspruch bei der Interessenvertretung der Dahmer Bürgerschaft. Grundsätzlich werden alle Anträge des politischen Gegners abgelehnt, ohne Abwägung der Folgen. Bei den eigenen Anträgen wird jedoch Zustimmung von uns erwartet. Dabei werden von dieser

Nach der Ausschreibung für eine Stelle als IT-Instrukteur und deren positive Entscheidung in der Gemeindevertreter-Sitzung sind alle in der Gemeinde und besonders in der Schule und deren Eltern zuversichtlich, dass mit dem neuen Schuljahr bessere Voraussetzungen für unsere Kinder gegeben sind.

Mehrheit weder Ausschüsse (Das Stadtparlament von Dahme/Mark hat mehrheitlich keine Ausschüsse gewollt.) geduldet, noch Grundsätze der Kommunalverfassung, welche den kleinen Fraktionen Mitspracherecht einräumen, eingehalten. Bedenklich, dass der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und Bürgermeister (FWG) nicht bereit oder in der Lage ist, das Zusammenwirken der Fraktionen so zu moderieren, dass eine fruchtbare Zusammenarbeit für die Stadt Dahme möglich ist. Mehrfach haben wir als DIE LINKE dazu die Kommunalaufsicht angerufen. Sicherlich ist die Stadtverordnetenversammlung kein »Ponyhof« und auch ähnlich anderen, aber so gespalten haben wir die Interessenvertretung in unserer Stadt noch nie gesehen. Borniertheit und Selbstüberschätzung in der Politik haben noch niemandem gedient und richten sich gegen die



Reinhard Siebert, Mitglied der Gemeindevertretung, Ortsvorsteher in Schlenzer

Bürgerinnen und Bürger. Wir als DIE LINKE sehen es als unsere erste Aufgabe, beharrlich und sachlich die politische Auseinandersetzung zu suchen. Wir werden uns unser Mitspracherecht nicht nehmen lassen. Genauso wenig wie wir zulassen werden, dass Bürgerinnen und Bürger nicht erhört werden. Wir halten diesen Anspruch in Zeiten schwindenden Vertrauens in die Demokratie in unserem Land für besonders wichtig.



Frank Donath, Fraktion DIE LINKE

KREISTAG AKTUELL

ANTRÄGE UNSERER FRAKTION ZUR JÜNGSTEN SITZUNG

Naturpark Baruther Urstromtal
Unsere Fraktion hat im Februar einen Antrag für einen Naturpark (NP) Baruther-Urstromtal in den Kreistag eingebracht und möchte dazu in den kommenden Wochen mit den anderen Fraktionen bzw. den betroffenen Kommunen die Debatte suchen. Einzelne Stimmen bezeichnen das Vorhaben als »Infrastrukturverhinderung« – was es aus unserer Sicht aber nicht ist. Durch einen NP kämen rechtlich keine neuen Restriktionen in das Gebiet, es handelt sich »nur« um eine Auszeichnung für das betreffende Gebiet, Stichwort Tourismus. Bereits bestehende rechtliche Vorgaben (Bundesnaturschutzgesetz, geschützte Landschaftsbestandteile, ...) unterliegen schon jetzt dem Schutzrecht und würden durch

den NP nicht ausgeweitet, es gäbe keine zusätzlichen Restriktionen. Wir sind auf die kritisch-konstruktiven Debatten gespannt. Im Fachausschuss hat man sich auf unseren Antrag hin mittlerweile darauf verständigt, dass die Anrainerkommunen des möglichen NP in ihrer Positionsbestimmung zu dem Thema durch die Kreisverwaltung ein neutrales und fachliches Begleitangebot erhalten sollen. Wir möchten damit erreichen, dass die Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen dieser Kommunen sich so ein umfangreiches Bild zu dem Vorhaben machen können – idealerweise ohne ideologische Scheuklappen. Bis dahin haben wir unseren Antrag »pausiert« und wollen ihn nach der Sommerpause, also im

zweiten Halbjahr 2021 wieder im Kreistag aufrufen.

Erhalt des Engagement-Stützpunktes

Erst wollte das Land das Ehrenamt unterstützen, dann lässt die SPD-CDU-Grüne-Regierung in Brandenburg die Finanzierung auslaufen, da das Geld plötzlich fehlt und für andere Lieblingsprojekte der SPD-CDU-Grüne-Koalition gebraucht wird. So lässt sich eigentlich das ganze Problem zusammenfassen. Wir als Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI wollten uns damit im Kreistag nicht abfinden und haben uns für unseren Antrag im Kreistag Verbündete gesucht – SPD, BVB/ Freie Wähler und Grüne machten hier mit und unterstützten unser Papier. Ergeb-

nis: Annahme durch den Kreistag. Im Wortlaut:

»Der Kreistag beschließt:

1. Der Engagement-Stützpunkt des Landkreises Teltow-Fläming wird fortgeführt. Die Personalkosten für die Stelle Sachbearbeitung Ehrenamt-Stützpunkt für die Jahre 2021 und 2022 werden aus dem Kreishaushalt getragen.
2. Die Bereitstellung von jährlich 30.000 Euro zur Sicherung des Mobilitätszuschusses für das Ehrenamt.
3. Im Jahr 2022 wird die Kreisverwaltung eine Evaluation zur Nutzung des Stützpunktes vorlegen.«

Felix Thier,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE/Die PARTEI

PROJEKT STOLPERSTEINE IN LUCKENWALDE GERETTET

Viele Jahre lang hat der CDU-Stadtverband Luckenwalde sich jährlich um die Verlegung von Stolpersteinen im Stadtgebiet gekümmert. Nach all den Jahren hat sich, verdientermaßen, die Hauptverantwortliche des Projektes zurückgezogen. Daraufhin wandte sich der Vorsitzende der Luckenwalder Stadtverordnetenversammlung, Jochen Neumann (Fraktion DIE LINKE/Bauernverband) an alle Stadtverordneten und bat um Spenden zur Fortführung der Aktion – es steht aktuell die Verlegung fünf weiterer Steine im Stadtgebiet an. Die Rückmeldungen waren zahlreich, und allein die Zusagen der Bürgermeisterin, zwei SPD-Stadtverordneten sowie

von Erik Scheidler, Manfred und Felix Thier (alle DIE LINKE) sicherte die Finanzierung der geplanten Verlegung. Da die Stolpersteinverlegung auch zur Erinnerungskultur der nächsten Jahre zählen soll, ist die Fortführung aus Sicht der LINKEN zukünftig nicht infrage gestellt.

Jochen Neumann schloss in seinem Dankeschreiben zur Spendenbereitschaftserklärung mit den Worten: »Es bewegt mich sehr, am Tag der nächsten Verlegung zu sagen, dass die Stadtverordneten mit diesen Steinen erinnern wollen.«.

Felix Thier, Mitglied der SVV Luckenwalde



privat

VOR ORT BEI BETROFFENEN

LINKE IST SOLIDARISCH MIT DEN BESCHÄFTIGTEN VON SCHAEFFLER IN LUCKENWALDE

Seit letztem Jahr beobachten die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg sowie DIE LINKE in Teltow-Fläming, und hier besonders unser Luckenwalder Stadtverband, die Entwicklung von *Schaeffler* am Standort in Luckenwalde mit großer Sorge. Als Reaktion auf den Offenen Brief des Betriebsrates von *Schaeffler* in Luckenwalde an die Politik besuchten am 30. März Sebastian Walter, Vorsitzender der LINKEN im Landtag Brandenburg, und Felix Thier, Vorsitzender des LINKEN

Kreisverbandes sowie unserer Kreistagsfraktion, den Betriebsrat im Werk. Volle Auftragsbücher, Schichten rund um die Uhr – und trotzdem will man das Werk verkaufen oder gar schließen. Gut 400 Industriearbeitsplätze sind bedroht! Für uns absolut unverständlich! Für uns war heute und ist klar: Wir sind solidarisch an der Seite der Beschäftigten und bleiben weiterhin in Kontakt.

Felix Thier, Luckenwalde



Sebastian Walter (l.) und Felix Thier besuchten das Schaeffler-Werk in Luckenwalde. Foto: privat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 31. März 2021 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling Auflage: 1.700 · April 2021, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.